

Volks-Zeitung

Verschärfung der englischen Arbeiterkrise.

Der Arbeiterführer Thomas nach Paris berufen.

Amsterdam, 19. März.

„Telegraf“ meldet aus London, daß Lloyd George im Hinblick auf die Schwierigkeiten mit der englischen Arbeiterkrise den Arbeiterführer Thomas berufen hat, sofort nach Frankreich zu kommen. Thomas begab sich mit Flugzeug nach Paris. Der seinem Blute sagte Thomas zu Journalisten, die Ausichten seien sehr schlecht.

London, 18. März. (Reuters.)

Der Brief Wilsons, Clemenceaus und Orlando an Lloyd George wurde in Paris unter dem 17. März amtlich veröffentlicht. Er hat folgenden Wortlaut: „Um zu vermeiden, daß die Welt auf der Frieden länger zu warten braucht, als tatsächlich unvermeidlich ist, scheint es uns dringend notwendig, daß Sie in Paris verbleiben, bis die hauptsächlichsten Fragen, die mit dem Frieden im Zusammenhang stehen, geregelt sind, und wir ersuchen dringend, diesem Wunsche Folge zu geben. Wenn Sie erwidern können, weitere zwei Wochen zu bleiben, hoffen wir, daß dieses hochwichtige Ergebnis erreicht werden kann. Wir schreiben dies bei vollem Verständnis für die dringlichen Angelegenheiten, die Sie nach England rufen, und sind uns des Opfers, um das wir Sie ersuchen, lebhaft bewußt.“

Rotterdam, 18. März.

Nach dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ bespricht der Arbeiterkorrespondent des „Daily Chronicle“ die Lage in der englischen Arbeiterkrise als gefährlich.

Völkerbund und Vorfriede.

Paris, 18. März. (Reuters.)

Lord Robert Cecil erklärte, die britische Delegation sei der Ansicht, daß der Völkerbundesvertrag in den Präliminarverträgen aufgenommen werden müsse.

England und die deutsche Kriegsschädigung.

Amsterdam, 19. März. (L. A.)

Auf eine Anfrage im englischen Unterhause erklärte Bonar Law, daß die Pariser Konferenz bisher noch keine bindenden Beschlüsse über die Deutschland aufzuerlegende Kriegsschädigung gefaßt habe. Sie werde, sowie ihre Verzögerung über diesen Punkt beendet seien, eine dementsprechende Erklärung abgeben. England beschuldigt jedoch nicht von Deutschland die Wiederherstellung seiner gesamten Kriegskosten zu verlangen.

Unsere Kabel und der Kieler Kanal.

Paris, 18. März.

Nach dem diplomatischen Situationsbericht sind die beiden Fragen der deutschen Kabel und des Kieler Kanals noch zu regeln. Es handelt sich dabei darum, ob die deutschen Kabel zurückgegeben oder unter die Alliierten verbleiben sollen, und ob der Kieler Kanal im Besitz der Deutschen gelassen werden soll, unter der Forderung der Schließung der Beschlüssen, oder ob die Durchfahrt internationalisiert werden soll. — Es scheint, daß die Verteilung der Kabel unter die Alliierten und die Einwirkung einer internationalen Verwaltung ähnlich wie beim Suezkanal jetzt ins Auge gefaßt werden sollen. Beide Fragen sollen übrigens in wenigen Tagen entschieden werden.

Der Zweck der englischen Besatzungsarmee.

Amsterdam, 19. März.

Einer Reutermeldung zufolge erklärte Churchill im Unterhause, es sei unmöglich zu sagen, wie lange die britische Armee am Rhein stehen müsse, um einen Druck auf die deutsche Politik auszuüben.

Amerikas Kampf für den gerechten Frieden.

Saag, 18. März.

Der Korrespondent des „Daily Express“ meldet seinen Blatte aus Paris, daß die amerikanische Delegation im Sinne der Rede Lansing's eifrig bemüht sei, eine gerechte Behandlung der Friedensfragen durchzuführen. In den ersten zwei Punkten, Genüherung und Wiedergabe oder Aufhebung der Blockade, seien die Alliierten den Anregungen Amerikas gefolgt. Dagegen widersehe sich Frankreich dem amerikanischen Wunsch, Deutschland baldigst in den Völkerbund aufzunehmen. Die amerikanische Delegation sei der Ansicht, daß Deutschland, wenn es sich den Pflichten und Beschränkungen unterwerfe, die mit der Mitgliedschaft verknüpft seien, Frankreich viel größere Sicherheit biete, als durch alle militärischen und sonstigen Bedingungen. Ob nun oder nicht, diese neue, Deutschland gegenüber mitere Haltung der Friedenskonferenz sei eine Tatsache, die eine ungeheure Bedeutung habe. Die Folge dieser Richtung sei der Beschluß, mit Deutschland bestimmte Bedingungen zu verhandeln (also nicht so einfach zu diktieren). Besonders aber die Größe des Bereichs, die Zeit für die Abzahlung der Kriegskosten sowie über die Eskontoren würde mit den Vertretern der deutschen Regierung diskutiert werden. Dem widersprechen allerdings noch immer die härteren Stimmen der französischen Delegation. Die alle Verhandlungsmöglichkeiten abzuschneiden wollen. Frankreich wünscht die deutschen Delegierten gar nicht erst nach Paris herbeizulassen, sondern ihnen irgendwo in der Nähe von Paris das Friedensinstrument zur Unterzeichnung vorzulegen. In besondern Kreisen der Alliierten erregen solche Wünsche die größten Bedenken, denn man fürchtet, unter solchen Umständen würde die deutsche Friedensdelegation sich gar nicht erst einfinden, sondern die deutsche Regierung werde ganz einfach irgendeinen Ministerialbeamten schicken, um über den Empfang des Dokuments ohne Verbindlichkeit zu quittieren. Die Stimmung in Amerika und England und auch in vielen vernünftigen französischen Kreisen

würde ein Vorgehen, das diese Haltung Deutschlands anerkennen müßte, mißbilligen. In neutralen Kreisen werden die Nachrichten über das beschlossene große Versehen der Alliierten gegenüber der deutschen Delegation für ein taktisches Mittel gehalten, um nachher die Ermüdigkeit der Alliierten in einem besonders hellen Licht erstrahlen zu lassen. Sicher ist auf jeden Fall, daß in Paris die Meinungen sowohl über Form wie Inhalt des Vorfriedensschlusses noch erheblich auseinandergehen.

Die Kriegsgefangenenfrage.

Eine Aufgabe der Regierung.

Die Frage der Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen soll, wie wir hören, auf Anordnung der Reichsregierung bei den Vorfriedenverhandlungen in Paris angebracht werden und von der Entente eine Mitteilung über das künftige Schicksal unserer Kriegsgefangenen verlangt werden.

Die Behandlung der Kriegsgefangenenfrage bei den Vorfriedenverhandlungen ist dringend nötig, und es muß dies von deutscher Seite aus in so energischer Weise geschehen, daß weitere zweideutige Verordnungen unmöglich werden. Die gerade in dieser Frage ganz und gar von den französischen Militärs beeinflussten Alliierten haben die Entlassung der deutschen Gefangenen für den Abschluß des Vorfriedens zugesagt. Ein letztes Mal haben sich die Hoffnungen von Hunderttausenden diesem Zeitpunkt zugewendet. Möge die deutsche Regierung alles tun, was in ihren Kräften steht, um die Entente zur Einlösung ihres Wortes zu veranlassen.

Der Prozeß gegen den Mörder Jaurès.

Beginn am 24. März.

Paris, 18. März. (M. I. B.)

Der Prozeß gegen den Mörder von Jaurès wird am 24. März beginnen. Die Verhandlungen werden ungefähr sechs Tage in Anspruch nehmen.

Der Prozeß gegen Willain darf mit großem Interesse entgegengelesen werden. Das heißt, wenn der nun für den 24. März anberaumte Termin nicht wieder — zum drittmalsten Male — in letzter Minute hinausgeschoben wird. Vielleicht bringen die Verhandlungen etwas über die Ursache der fast um 14 Jahre hinausgeschobenen Urteilsung des Mörders zutage. Daß die französischen Gerichte auch anders können, das beweist der Fall Cottin, der schon fünf Wochen nach dem Mordtat auf Clemenceau sein Todesurteil quittieren konnte.

Die internationale Arbeitergesetzgebung.

Die Pariser Beratungen unter Gompers.

Amlich, Paris, 18. März.

Die Kommission für internationale Arbeitergesetzgebung hat unter dem Vorsitz von Gompers die Schwierigkeiten bei der Anwendung der Arbeitskonventionen seitens einzelner Staaten mit der Konvention verfassung entgegenstellen. Sie beschloß, die Prüfung der Frage einer Interkommission zu überweisen; die Kommission solle dann die Prüfung der dem Friedensvertrag einzuzulebenden Klauseln Punkt für Punkt fort.

Die christliche Arbeiterinternationale.

Basel, 18. März. (Schweiz. Depeschengentur.)

Der Internationale christliche Arbeiterkongress ist heute in Luzern zusammengetreten. Er ist von den meisten Ländern Europas zahlreich besetzt worden. Die Tagung wurde von Präsident Widmer eröffnet.

Der Anschluß Deutschösterreichs.

Ein demokratischer Eingliederungsantrag.

Weimar, 18. März. (M. I. B.)

Im Verfassungsausschuß der Nationalversammlung wird morgen der Antrag des Abgeordneten Roman (Dem.) beraten werden. In der Verfassung ist folgendes zu bestimmen: **Deutschösterreich tritt als Ganzes als Eingliedungsstaat dem Deutschen Reich bei.** Etwaige Abänderungen bestimmen die im Einvernehmen mit Deutschösterreich zu erlangenden Ausführungsregeln unter Berücksichtigung der im Artikel 15 festgestellten Grundsätze.

Bedrohender Rücktritt Ludo Hartmanns?

Aus Wien wird berichtet: Wie verlautet, wird der deutsch-österreichische Gesandte in Berlin, Ludo Hartmann, in absehbarer Zeit zurücktreten und durch eine andere Persönlichkeit ersetzt werden.

Die Wahlen zum zweiten Rätekongress. In den Richtlinien für die Wahlen zum Rätekongress wird vom Zentralrat im Einverständnis mit dem Reichsernährungsamt zur Befragung von Zweizeilen bestimmt: Wo Bauern- und Landarbeitervereine nach Maßgabe der Verordnung des Reichsernährungsministeriums vom 22. November 1918 bestehen, gilt je ein aus der Gruppe der Bauern und je ein aus der Gruppe der Landarbeiter von jeder Gruppe zu bestimmender Vertreter als einer der Abgeordneten zur Wahlkreisversammlung. Ebenso gilt ein von einem allgemeinen Arbeitererrat in gleichen Teile gewählter Vertreter als Abgeandter zur Wahlkreisversammlung. Sind auf diese Weise mehrere Abgeandte für einen Ort bestellt, so haben diese gleichwohl nur eine Stimme. Hat der Ort über 5000 Einwohner, so haben die Ab-

geandten gemeinsam die der Einwohnerzahl entsprechende Anzahl von Stimmen. Einigen sich mehrere Abgeandte eines Ortes nicht darüber, wer von ihnen Stimmführer sein soll, so entscheidet die Wahlkreisversammlung.

Neues Streikverbrechen.

Der Spartacus-Bund ruht nicht. Er möchte einen neuen Streik entfesseln und diesmal strebt er danach, in ganz Deutschland gleichzeitig loszuschlagen. Bei der internationalen Lage und in der schrecklichen wirtschaftlichen Bedrängnis, in der wir uns befinden, ist dieses Beginnen ein Verbrechen am Volke. Man kann das nicht oft genug wiederholen und die Arbeiter nicht dringend genug davor warnen, sich von den Spartakisten in neue Streiks hegen zu lassen, die dem Volke nur Verderben bringen können. In dem neuesten Flugblatt des Spartacus-Bundes heißt es:

Wir sind der Meinung: Der Zeitpunkt der Machtergreifung durch das Proletariat ist dann gekommen, wenn nicht Berlin, wenn nicht Leipzig oder Rheinland-Westfalen oder Bremen abwechselnd oder nacheinander streiken, sondern dann, wenn gekommen ist die nächste Etappe: Der Generalsstreik über ganz Deutschland. Und diesem Ziel sind wir in den Kämpfen dieser Woche um Meilen näher gerückt. ... Unverbrochen werden wir weiterkämpfen und die Proletariat von ganz Deutschland sammeln unter unserem Schlagstrich: Nieder mit Coert-Scheidemann-Roske! Nieder die Nationalversammlung! Mit Macht den Arbeiter- und Soldatenräten!

Durch hier werden „Die Kämpfe dieser Woche“ wieder gefeiert, und dennoch rückt die kommunistische Partei immer wieder zu gegebener Zeit von ihnen ab. Wie lange soll das uralte Spiel noch dauern? Es ist selbstverständlich, daß die Demokratie den Gewaltkampf einer Minderheit mit allen Mitteln abwehren muß!

Der Zentrumstrumpf.

Die Schwierigkeiten bei der Kabinettsbildung.

Zu den Verhandlungen mit dem Zentrum über eine Teilnahme an dem neu zu bildenden preussischen Kabinett wird geschrieben: Man ist sich regierungsfertig nur darüber, daß gewichtige Bedenken hochpolitischer Natur gegen eine Ausschaltung der Christlichen Volkspartei sprechen, die faktisch wieder außerordentlich geschickt operiert und sich, letzten Endes nicht in die Karten lassen läßt. Es liegt nämlich die Befürchtung nahe, daß bei einer Uebergehung der Partei sich die Einklässe, die auf eine Auflösung des Reiches vom Reich hingelen, in verhängnisvoller Weise verstärken könnten. Deshalb sucht man seitens der Regierung alle möglichen Mittel und Wege, um die Bildung des Kabinetts unter „gefälliger“ Mitwirkung des Zentrums zustande zu bringen. Das große Fragezeichen, um das sich alles dreht, ist, wie bekannt, das Problem Kirche und Schule, und hier haben bis jetzt alle Mittel verlagert, die angelegt wurden, um die Sache vom Friede zu bringen.

Die Reichseisenbahnverhandlungen.

Im preussischen Eisenbahnministerium hat gestern die angekündigte Konferenz der Vertreter der Gliedstaaten über die Frage der Vereinfachung des Eisenbahnwesens unter dem Vorsitz des Ministers Hoff stattgefunden. Die Verhandlungen trugen, wie mitgeteilt wird, unerbittlichen Charakter, da die Delegierten der Einzelstaaten noch Umweissungen ihrer Regierungen einholen mußten; die Frage wird endgültig erst im Weimarer Verfassungsausschuß in der nächsten Woche beraten werden. Wie die „D. N. S.“ hierzu erzählt, besteht allseitige Uebereinstimmung darüber, daß eine Lösung im Sinne einheitlicher Zusammenfassung des Eisenbahnwesens durch das Reich mit möglichst früher Beschleunigung herbeizuführen ist.

Der Ostschuß.

Der Reichswehrminister Roske hat in Kolberg mit der Obersten Heeresleitung eine eingehende Besprechung über den Ostschuß, besonders auch über den Schuß Ostpreußens gehabt. Dabei ist auch die Eingliederung der für den Ostschuß tätigen Freiwilligenverbände in die Reichswehr zur Sprache gekommen.

Das Kabinett ist heute um 12 Uhr zu einer Sitzung zusammengetreten, um sich um laufenden Angelegenheiten zu beschäftigen. Es ist aber möglich, daß es sich auch schon mit dem polnischen Problem beschäftigt.

Die Posener Verhandlungen stehen nach verhältnismäßig ergebnislos verlaufenen Sitzungen der Kommission der beiden Parteien vor der Entscheidung durch die französischen Besatzungsbehörden.

3,50 Mark Mindeststundenlohn für Eisenbahnarbeiter.

Eine Forderung der preussischen Vertrauensleute.

Die Vertrauensleute der preussischen Eisenbahnarbeiter haben in einer Besprechung in Berlin gestern beschlossen, bei den Beständen zu beantragen, daß für alle Eisenbahnarbeiter ein Mindeststundenlohn von 3,50 Mark festgelegt werden soll.

Abolf Hoffmann und die Hohenzollern. Die Fraktion der Unabhängigen in der preussischen Landesversammlung ersucht die Regierung, die Benutzung der Gebäude, die der Familie Hohenzollern gehören, den Gemeinden der Wohlfahrtsvereine zu ermöglichen.